

Abriss Ost. Denkmalpflege und Denkmalvernichtung

Die Dresdner Erklärung ist eine in weiten Teilen apologetische Positionsbestimmung der deutschen Denkmalpflege, die nicht zuletzt auf die in den vergangenen Jahren von verschiedenen Seiten erhobenen Forderungen nach einer Revision ihrer Grundsätze, ihrer Arbeitsweise und institutionellen Verfassung reagiert. Einige der elf Thesen reflektieren Entwicklungen, die auch innerhalb der Denkmalpflege selbst kontrovers diskutiert werden – etwa These 1, die die Konkurrenz zwischen originalen Denkmalen und den immer zahlreicher werdenden Rekonstruktionen beklagt, oder These 3, die dem als bedrohlich dargestellten Trend zu einer hierarchisierenden Klassifizierung des Denkmalbestands entgegentritt.

Trotzdem enthält der Text nur wenige Aussagen, die zu neuen Debatten innerhalb der Denkmalpflege und der interessierten Öffentlichkeit provozieren könnten. Das liegt vor allem an einer gewissen Konzilianz, um nicht zu sagen Unverbindlichkeit der – von den Erstunterzeichnern vermutlich mühsam ausgehandelten – Formulierungen. Wer würde etwa der Einsicht widersprechen, dass Rekonstruktionen "erlittene Verluste originaler Bausubstanz nicht kompensieren" können und dass Denkmalpfleger daher "der Wegwerfmentalität entgegentreten und den Wert des Originals engagiert vermitteln" müssen? Wer könnte der beschwörenden Forderung seine Sympathie verweigern, dass Kultur "im vereinigten Europa nicht zum reinen Standortfaktor und Anreiz des internationalen Tourismus herabsinken" darf? Wer würde leugnen, dass es angesichts der identitätsstiftenden Bindekraft der Denkmale "in einer bindungsarmen Zeit" gilt, "die Standards der Denkmalpflege zu sichern und auf hohem Niveau zu vereinheitlichen"? Wer hielte es nicht für wünschenswert, dass sich "Denkmalpfleger zusammen mit Investoren und Entscheidungsträgern" im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips "noch intensiver als bisher" um "Konzepte für denkmalverträgliche Umnutzungen" bemühen sollten? Wer hätte schließlich etwas dagegen einzuwenden, dass sich die Denkmalpflege darum bemühen will, ihre Mittlerposition "zwischen wissenschaftlichen Disziplinen und gesellschaftlichen Interessen (...) kreativ auszubauen, um Synergien auszunutzen und Netzwerke für den Erhalt des baulichen Erbes zu knüpfen"?

Wie das zuletzt zitierte Beispiel zeigt, hat sich auch so manches Plastikwort in den sorgfältig austarierten Text eingeschlichen. Das ist wohl schwer zu vermeiden in einer gemeinschaftlichen Stellungnahme, die keine polarisierende Kampfschrift sein will, sondern sich um einen möglichst breiten fachlichen und gesellschaftlichen Konsens für die Anliegen der Denkmalpflege bemüht.

Was mich an der Dresdner Erklärung stärker irritiert als die rhetorische Unverbindlichkeit ihrer Postulate, ist die ihnen zugrundeliegende verharmlosende Darstellung der Ausgangslage. Zwar wird die Verengung des Handlungsspielraums der Denkmalpflege durch Auflösung von Fachbehörden und Reduktion staatlicher Förderinstrumente offen angeprangert. Bei der Charakterisierung des gegenwärtigen Umgangs mit dem Bauerbe rangen sich die Unterzeichner aber nur zu der den Ernst der Lage verschleiernenden Formulierung durch, dass im Zuge des

tiefgreifenden Wandels der Gesellschaft "Bau und Bodendenkmale gefährdet" oder, wie es im Schlusswort heißt, dass "viele bemerkenswerte Bauten akut in ihrem Bestand gefährdet" sind. Dabei kann keinem Denkmalpfleger entgangen sein, dass zahllose noch so bemerkenswerte Bauten im wiedervereinten Deutschland nicht nur akut gefährdet sind, sondern vielerorts inzwischen wieder in einem Ausmaß vernichtet werden, das an die zerstörerischen Modernisierungswellen der Wirtschaftswunderära im Westen und die flächendeckenden Planierungen der DDR-Zeit im Osten erinnert. Als Einwohner von Leipzig bin ich Zeuge eines sich von Jahr zu Jahr beschleunigenden Denkmalschwunds, der keineswegs nur die in ihrer Schutzwürdigkeit umstrittenen Bauten der DDR-Moderne, sondern auch substantiell intakte Ensembles des Spätklassizismus, der Gründerzeit, der Jahrhundertwende und der klassischen Moderne betrifft, deren architektonische und städtebauliche Qualität außer Frage steht. Selbst Bauten, die nach 1990 mit öffentlichen Fördergeldern saniert wurden, sind mittlerweile vor dem Abriss nicht mehr sicher. Die Anzahl der in Leipzig in den letzten Jahren abgebrochenen denkmalgeschützten Bauwerke geht in die Hunderte. Ganze Straßenzüge wurden zerfleddert, geschlossene Plätze verloren ihre Raumkanten. An mehreren Stellen sind die Abrissbagger inzwischen bis in das Stadtzentrum vorgerückt, und nach dem Willen der Stadtverwaltung soll das nur ein Anfang sein. Auf eine ähnlich rabiate Weise dezimieren auch andere ostdeutsche Städte ihren Denkmalbestand – etwa Halle, Chemnitz, Weißenfels, um nur einige Beispiele zu nennen.

Hauptursache dieser Entwicklung ist bekanntlich die so genannte Stadtschrumpfung. Infolge des Arbeitsplatzabbaus verloren die meisten ostdeutschen Städte einen beträchtlichen Teil ihrer Einwohner an wirtschaftlich potentere Regionen im Westen. Mindestens ebenso stark schlägt die Abwanderung in die Peripherie zu Buche, wo in den 1990er Jahren eine extensive, staatlich subventionierte Neubautätigkeit einsetzte. Beides führte zu hohen Leerständen sowohl in den DDR-zeitlichen Plattenbausiedlungen als auch in den traditionellen innerstädtischen Wohn- und Geschäftsvierteln. Ein rapide fortschreitender Verfall der unsanierten Bausubstanz und eine Krise der Immobilienbranche waren die Folge.

Um die Wohnungswirtschaft in dieser Situation zu stützen, wurde 2002 das milliardenschwere Bund-Länder-Programm "Stadtumbau Ost" aufgelegt, das seiner ursprünglichen Intention nach einen kontrollierten, von der öffentlichen Hand geförderten Rückbau von Wohnungen bei gleichzeitiger städtebaulicher Aufwertung der betroffenen Gebiete vorsieht. In der Praxis indes spielen Aufwertungsmaßnahmen nur eine marginale Rolle, und das wohlgemeinte Programm erweist sich zunehmend als eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose steuerfinanzierte Denkmalvernichtungskampagne. Denn die Abrisse konzentrieren sich keineswegs nur auf die Plattenbaugebiete, sondern auch auf die historisch gewachsenen innerstädtischen Quartiere. Eines von zahllosen Beispielen für die Pervertierung des Programms bieten die Praktiken der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB). Das stadteigene Unternehmen lässt seine unrentablen denkmalgeschützten Häuser lieber abreißen, als sie zu einem marktüblichen Preis an sanierungswillige Investoren zu verkaufen. Auf diese Weise kann es sich potentielle Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt vom Leib halten und zugleich die Stadtumbau-Ost-Abrissprämie kassieren, die die tatsächlichen Abbruchkosten oftmals deutlich übersteigt. Als zusätzliche Belohnung für den Raubbau winkt der LWB schließlich die von dem Programm ebenfalls vorgesehene Entschuldung der Grundstücke, die einen späteren gewinnbringenden Verkauf der geplanten Flächen ermöglicht. Von ähnlichen Methoden

bei der Abschöpfung der Programmmittel durch kommunale Wohnungsunternehmen wird auch aus anderen Städten Ostdeutschlands berichtet.

Der Leerstandsschock hat nicht nur die überstürzten Abrissaktivitäten im Namen vermeintlicher wohnungswirtschaftlicher Sachzwänge ausgelöst, sondern auch generell zu einem dramatischen Sinken der Hemmschwelle gegenüber der Zerstörung von Baudenkmalen beigetragen. So werden stadtbildprägende Bauwerke auch für Verbreiterungen und Begradigungen von Straßen, ja sogar für Parkplätze wieder bedenkenlos geopfert. Manch ein Verkehrsplaner darf sich erneut dem alten Traum von der autogerechten Stadt hingeben. Die nach den Fehlleistungen der Nachkriegszeit mühsam errungenen Standards der Stadtentwicklung werden eilfertig über Bord geworfen. Die Behutsamkeit der Stadterneuerung, seit dem Denkmalschutzjahr 1975 das Signum der bundesdeutschen Planungskultur, bleibt beim Stadtumbau zunehmend auf der Strecke.

So gilt denn auch die vielbeschworene "Europäische Stadt" in den tonangebenden Planer- und Architektenkreisen schlicht und ergreifend als nicht mehr schick. Dies belegen nicht nur die aktuellen Fachpublikationen, sondern auch die Zukunftsszenarien, die unlängst in der von der Bundeskulturstiftung finanzierten Ausstellung "Schrumpfende Städte" zu sehen waren. In lustvollen Gedankenspielen wurde etwa die gesichtslose ostdeutsche Peripherie rund um ein Autobahnkreuz zum eigentlichen Stadtzentrum und die historische Innenstadt zum Eventpark deklariert oder die Preisgabe ganzer Stadtlandschaften zugunsten von zentralisierten "Metropolregionen" gefordert. Leider sind solche Visionen nicht nur provokativ gemeint – sie tragen auch einem alarmierenden Wandel urbanistischer Leitbilder Rechnung.

Bis heute wird die Stadtschrumpfung samt ihren Auswirkungen auf die Planungskultur vorwiegend als ein ostdeutsches Phänomen wahrgenommen. Dabei lassen sich Schrumpfungsprozesse auch in den strukturschwachen Regionen des Westens längst nicht mehr übersehen. Allen demographischen Prognosen zufolge werden in den nächsten Jahrzehnten die meisten Städte in Deutschland erodieren. Der jetzige Gebäudebestand wird nicht zu halten sein. Deshalb ist die von Gerhard Eichhorn im "ZeitSchichten"-Katalogbuch aufgeworfene Frage "Wie positioniert sich die Denkmalkultur im Stadtumbau?" schlechthin die Zukunftsfrage der deutschen Denkmalpflege. Die Devise kann nach Eichhorn nur lauten: "Sind die Städte früher von innen nach außen gewachsen, so müssen sie jetzt in umgekehrter Richtung schrumpfen."

Wenn die Denkmalpflege mit ihren geringen Möglichkeiten den wünschenswerten Stadtrückbau von außen nach innen unterstützen und damit der grassierenden Stadtperforation entgegenwirken will, kommt sie allerdings nicht umhin, einen Grundsatz zu revidieren, der in These 3 der Dresdner Erklärung verteidigt wird: die strikte Ablehnung jeder Hierarchisierung des Denkmalbestands. So nachvollziehbar das Postulat erscheinen mag, dass unsere Städte und Regionen "nicht zu Schaufenstern einer geschönten Geschichte herabsinken" dürfen, so wäre die daraus folgende Konsequenz einer Gleichbehandlung aller Denkmale für die urbane Zukunft verheerend. In Zeiten der Stadtschrumpfung muss sich die Denkmalpflege entscheiden, welchen Typ von Stadtraum sie vorrangig erhalten will. Dabei geriete sie, wie Holger Brülls im "ZeitSchichten"-Buch feststellt, "in einen inneren Widerspruch, wenn sie gerade jene Erscheinungsformen von Stadt in Schutz nehmen wollte, die die Zerstörung der alten und die Unwirtlichkeit der neuen Städte symbolisieren." Deshalb dürfen Satellitenstädte im Westen oder Plattenbausiedlungen im Osten – mögen sie architekturgeschichtlich von Interesse und

als Zeitzeugnisse noch so aussagekräftig sein – nicht denselben Schutz genießen wie historisch gewachsene Innenstädte. Die Stadtschrumpfung bietet uns die Chance für die Richtungsentscheidung, in welcher Lebenswelt wir unsere Kinder und Enkel aufwachsen sehen wollen. Wenn sich die Denkmalpflege dieser Chance verweigert, wird sie mit Recht ihre Sympathien in der Bevölkerung verspielen.